



Neuer GVV-Steuermann: Trummer folgt Schmid: Mit 96% zum Präsidenten des GVV Burgenland gewählt

Neues GVV-Präsidium setzt auf Frauen-Power!

GVV-Präsidium erstmals mit zwei Vizepräsidentinnen Seite 2

Verabschiedet:

Alt-Präsident Schmid zum Ehrenpräsidenten ernannt Seite 3

Der neue Präsident Erich Trummer im Interview

Reformen statt Belastungen Seiten 4-6

Bildreportage:

Das war die GVV Landeskonferenz 2013 Seiten 8-10

Kommentar



Mag. Herbert **MARHOLD**
Landesgeschäftsführer
GVV Burgenland

Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise, den horrenden Benzinpreisen und der Krise im EURO-Raum, gibt es im Burgenland Erfreuliches zu berichten. Zum einen haben wir erstmals die Marke von 100.000 Beschäftigten im Land selbst geknackt, was für das Burgenland mit knapp 290.000 Einwohnern eine beachtliche Leistung darstellt. Zum Zweiten ist die Entwicklung der Ertragsanteil-Vorschüsse für den September 2012 weiterhin positiv. Die Gemeinden ohne Wien erhalten um durchschnittlich 4,4 Prozent mehr, als noch im September 2011. Vergleicht man September 2011 und 2012 so fällt die Steigerung in Oberösterreich mit 8,1 Prozent am höchsten aus. Das Burgenland landet mit 5,2 Prozent Plus auf Platz Zwei.

Der Grund für diese äußerst erfreuliche Entwicklung für die burgenländischen Kommunen ist der starke Anstieg der Umsatzsteuer (im Juli 2012 +7,3 Prozent), der Lohnsteuer (+9,6 Prozent) und der KESt. Die länderweise sehr unterschiedlichen Zuwachsraten sind zum überwiegenden Teil durch die unterschiedlichen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer bedingt. Hier gibt es starke regionale Schwankungen. Wichtig für das Burgenland ist, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt, denn nur mit einer soliden finanziellen Grundlage ist gestalterische Gemeindepolitik möglich.

Wir werden als GVV Verantwortliche im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um auch bei den nächsten FAG-Verhandlungen ein gutes Ergebnis für unsere Kommunen zu erreichen. Bisher profitieren ja nach dem FAG vor allem Gemeinden unter 10.000 Einwohner – also 170 von 171 burgenländischen Kommunen! Das muss so bleiben, um den kleinstrukturierten ländlichen Raum weiter zu stabilisieren und aufzuwerten.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

GVV-Präsidium erstmals mit zwei Vizepräsidentinnen:

Neues GVV-Präsidium setzt auf Frauen-Power!

Bei der 21. Ordentlichen Landeskonferenz des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes am 23. Februar in Eisenstadt wurde Erich Trummer zum neuen Präsidenten des Verbandes gewählt. Trummer folgt damit Ernst Schmid nach, der seine Funktion nach zwölf Jahren zurücklegte. Weiters wurden auch alle Gremien des Verbandes neu gewählt.

Mehr als 300 Delegierte und Gastdelegierte fanden sich trotz intensiver Schneefälle, im neuen Kultur- und Kongresszentrum in Eisenstadt ein, um zum einen Ernst Schmid als GVV Präsidenten zu verabschieden und zum anderen alle Gremien und den Präsidenten des Verbandes neu zu wählen. Als Ehrengäste kamen LH Hans Niessl, alle SPÖ-Landesräte, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer sowie Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger in Vertretung von Städtebund-Präsident Dr. Michael Häupl.

Im Rahmen der Landeskonferenz wurden zunächst der Landesvorstand, die Verbandskontrolle sowie das Schiedsgericht gewählt. Bei der Direktwahl des Präsidenten erhielt Erich Trummer, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Neutal, 96% der abgegebenen gültigen Stimmen. Als seine Stellvertreter fungieren zukünftig LABg. Bgm. Werner Friedl aus Zurndorf sowie erstmals mit BR Bgm.in Inge Posch-Gruska aus Hirm sowie Bgm.in Renate Habetler aus Bernstein zwei Vizepräsidentinnen.

Trummer: „Gemeinsamen Weg fortsetzen“

Neben viel Applaus für den scheidenden Alt-Präsidenten Ernst Schmid war die Landeskonferenz aber auch Anlass, die politische Linie des GVV Burgenland klar zu stellen. Getreu dem Motto der Veranstaltung „Gemeinsam. Gemeinden. Bewegen.“ kündigte der neue GVV-Präsident die zukünftigen Leitlinien des Verbandes an. Trummer: „Das Miteinander der Gemeinden, des Landes, mit Landeshauptmann Hans Niessl an der Spitze sowie unserer Regierungsvertreter, war bereits bisher ein Markenzeichen im Burgenland. Diesen Weg schlagen wir ein! Ein großes Danke möchte ich an Alt-Präsident Bgm. Ernst Schmid und allen bisherigen Vorstandsmitgliedern für ihre sehr gute Arbeit im GVV aussprechen.“

Vizepräsident Werner Friedl betonte bei der Präsentation des neuen Präsidiums wenige Tage nach der Landeskonferenz, dass der GVV Burgenland sich auch zukünftig als verlässlicher und vollwertiger Partner, als aktive Kraft, allen Herausforderung der Kommunalpolitik stellen werde. Erfreut über ihre neue Aufgabe zeigten sich auch die beiden Vizepräsidentinnen Inge Posch-Gruska und Renate Habetler. „Es ist schön, dass der neu gewählte Präsident die Arbeit der SPÖ Frauen auf kommunaler Ebene entsprechend honoriert und seinen Respekt und seine Wertschätzung hierfür, bei der Wahl seiner drei StellvertreterInnen zum Ausdruck gebracht hat“, so Posch-Gruska. Renate Habetler ergänzt: „Auch das Statut wurde angepasst. Wir erfahren als Frauen daher im GVV Burgenland eine tolle Aufwertung. Inge Posch-Gruska und ich werden uns speziell um den weiblichen Nachwuchs in den Gemeindestuben kümmern und wir wollen bei der nächsten Bürgermeister- und Gemeinderatswahl noch mehr Gemeinderätinnen, Vizebürgermeisterinnen, weibliche Gemeindevorstände und natürlich Bürgermeisterinnen erreichen!“



Der neue GVV-Chef Erich Trummer gratuliert seinem Vorgänger Ernst Schmid zur Ernennung zum Ehrenpräsidenten

Foto: GVV

Alt-Präsident Schmid zum Ehrenpräsidenten ernannt

Alt-Präsident Schmid wurde bei der Landeskonferenz gebührend verabschiedet und als erste Amtshandlung des neuen Vorstandes zum Ehrenpräsidenten ernannt. Schmid sei, so Landeshauptmann Hans Niessl, „ein Kommunalpolitiker mit Herz, Verstand und Gefühl“. Auch Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, der extra aus Salzburg zur Konferenz angereist war, würdigte Schmid für seine Verdienste rund um die Kommunalpolitik.“

2001 übernahm Schmid, Jahrgang 1949, die Agenden des Präsidenten im GVV Burgenland und folgte in dieser Funktion Walter Prior nach.

Das Fundament für seine Laufbahn in der Kommunalpolitik legte Schmid in seiner Heimatgemeinde Oggau, wo er

1979 Gemeinderat wurde. Drei Jahre später übernahm er die Agenden des Vizebürgermeisters. 1997 wurde Schmid Bürgermeister, eine Aufgabe, die er bis zum heutigen Tag mit großem Einsatz erfüllt. Breits ein Jahr zuvor wurde er in den burgenländischen Landtag gewählt und blieb dort bis 2010 tätig.

Ein Jahr lang, 1996, vertrat der GVV Alt-Präsident das Burgenland im Bundesrat.

In den über elf Jahren seiner Präsidentschaft hat der Oggauer gemeinsam mit seinen Mitstreitern viel für die burgenländischen Gemeinden erreicht. Von 2004 bis 2011 hat er auch als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes konsequent und mit Nachdruck die Interessen der Kommunen vertreten.

GVV-Shop mit mehr Angebot

Der GVV-Shop erweitert seine Produktpalette: Ab sofort kann in unserem GVV-Shop auch die neue, von BH a.D. Dr. Julius Schusztz und WHR Mag. Johann Muskovich ausgearbeitete, Bundesabgabenordnung (BAO) – Stand 12.Jänner 2013 – bestellt werden. Der Preis beträgt EUR 20,- zzgl. Versandkosten.

Der Shop bietet neben seinen Standardprodukten – Billets (Geburtstag, Trauer, Geburt, Sponision, Hochzeit, Sommergrußkarten, Ostergrüße,...), Kuverts (Trauer, normal), Urkunden, Druckwerke (Gemeindeordnung, Gemeindevahlordnung, Vergaberecht, Bgld. Baurecht, ...) zu günstigen Konditionen. Außerdem gibt es in Kooperation mit der burgenländischen Firma Pro Premio noch mehr gemeinderelevante Artikel, wie Textilien, Werbeartikel u.v.m.

Einfach auf www.gvvbgld.at in den GVV Shop reinklicken, aussuchen und per Mausclick bestellen.

Ernst Schmid

Geb.: 24.08.1949

Familie: verheiratet seit 1975 mit Maria Helene, zwei Kinder – Hannes und Thomas

Ausbildung: 4 Klassen Volksschule in Oggau, 2 Klassen Hauptschule in Steinberg, 4 Klassen Gymnasium in Unterwaltersdorf

Beruf: seit 1965 Postbediensteter, von 1979 bis 2000 Postamtsleiter am Postamt Mörbisch, seit 2000 Freistellung

Politische Laufbahn:

1977 bis 1980 Gemeinderat in Oggau

1980 bis 1997 Vizebürgermeister seit 1997 Bürgermeister in Oggau 1996 Bundesrat

1996-2010 Landtagsabgeordneter seit 2001 Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Burgenland

2004-2011 Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes



Das Aufgabenfeld im kommunalen Bereich ist weit, die Verantwortung groß – warum der neue Präsident des GVV Burgenland, LAbg. Erich Trummer, die Ärmel aufkrepeln will, was seine Vorhaben sind und warum die Gemeinden mehr Mittel aus dem Finanzausgleich bekommen müssen, sagt er im Interview.

NEUE GEMEINDE: Die burgenländischen Gemeinden stehen im Bundesländervergleich gut da. Sie können Ihre neue Aufgabe eigentlich sehr entspannt angehen, oder?

Trummer: Über ein Jahrzehnt lang hat Bürgermeister Ernst Schmid als Präsident erfolgreich die Geschicke des GVV Burgenland geführt und Großartiges für die burgenländischen Gemeinden geleistet. Es stimmt, die burgenländischen Gemeinden stehen im Bundesländervergleich gut da. Das zeigt aber auch, dass unsere Kommunalpolitiker in den Gemeinden eine herausragende Arbeit leisten. Wir haben auch in der Landespolitik mit Landeshauptmann Hans Niessl an der Spitze einen verlässlichen Partner mit Handschlagqualität. Der gemeinsame Erfolg war bereits bisher ein Markenzeichen im Burgenland. Aber wir dürfen uns vom bisherigen Erfolg, den der GVV und die Gemeinden ganz entscheidend mitgeprägt haben, nicht täuschen lassen: Die Gemeinden brauchen auch im Burgenland dringend verbesserte Bedingungen.

NEUE GEMEINDE: Zum Beispiel beim Finanzausgleich?

Trummer: Ja, wir brauchen einen verbesserten Finanzausgleich vom Bund – vor allem für kleineren Gemeinden – und somit mehr Geld für die ständig steigenden Aufgaben. Wir brauchen eine

Es geht also darum, mit Kooperationen effizienter zu werden, und nicht durch Zusammenlegungen zusammenzustreichen.

Das Gebot der Stunde: Reformen statt Belastungen

*„Ja, die Gemeinden brauchen auch
im Burgenland dringend verbesserte
Bedingungen!“*

Stärkung des ländlichen Raumes, den Abbau von Disparitäten und eine Abgeltung von bestellten Leistungen aus dem Bund oder dem Land nach dem Prinzip „Geld folgt Leistung“. Wir brauchen Identität und Investitionen in unseren Gemeinden. Denn gerade wieder mehr Investitionsmöglichkeiten für Gemeinden wären auch eine notwendige und sehr wirkungsvolle Maßnahme für heimische Unternehmen und heimische Arbeitnehmer. Nirgendwo sonst wie in der Kommunalpolitik, wird derart begreifbar Politik mit den Menschen und für die Menschen gemacht und das entgegengebrachte Vertrauen beinahe täglich gemessen ...

NEUE GEMEINDE: ... und der GVV kann hier entscheidend mithelfen?

Trummer: Der GVV Burgenland stellt sich jedenfalls als verlässlicher und vollwertiger Partner, aber auch als aktive Kraft, gerne dieser Herausforderung. Wir wollen weiterhin ein starkes Bindeglied zwischen den Gemeinden sein. Wir wollen aber auch die vielfältigen kommunalen Herausforderungen und politischen Fragen gemeinsam mit der Landespolitik lösen.

NEUE GEMEINDE: Die Steiermark macht durch großen Reformeifer von sich reden – Stichwort Gemeindezusammenlegungen, auch gegen den Willen der betroffenen Kommunen. Ein Vorbild, oder ist dieser Weg für das Burgenland undenkbar?

Trummer: Selbstverständlich brauchen wir in vielen Bereichen weitreichende Reformen! Ich bin auch überzeugt, dass

sich die burgenländischen Gemeinden an sinnvollen Reformen intensiv und mit hoher Verantwortung beteiligen werden. Ich bin aber sehr froh darüber, dass auch Landeshauptmann Hans Niessl und die Burgenländische Landesregierung den Weg der Gemeindekooperationen statt unfreiwilligen Gemeindezusammenlegungen gehen.

Und das ist gut so. Die Gemeinden bieten, mit Unterstützung des Landes, heute vor Ort Infrastruktur und Sicherheit für alle Lebensbereiche der BürgerInnen – quasi für ein ganzes Leben. Es geht also darum, mit Kooperationen effizienter zu werden, und nicht durch Zusammenlegungen zusammenzustreichen.

NEUE GEMEINDE: Und dazu bedarf es mehr finanzieller Mittel für die Gemeinden ...

Trummer: Es geht um faire Leistungsabgeltung für die Gemeinden und nicht um Sponsoring. Der ländliche Raum und die Gemeinden müssen gestärkt statt ausgehöhlt werden! Und dazu braucht es sicher mehr Geld vom Bund und eine Aufgaben- beziehungsweise Ausgabenreform!

NEUE GEMEINDE: Sie rufen nach mehr Geld, gleichzeitig sagen uns Politiker nahezu täglich, wir müssten sparen. Wie wollen Sie das den Menschen erklären?

Trummer: Wir müssen als GVV und als Kommunalpolitiker zu den Gemeinden und zu den Menschen gehen und ihre Anliegen vor Ort aufnehmen. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, dass wir





unseren GVV noch stärker als kommunale Servicestelle ausbauen. Wir sollten den Gemeindeverantwortlichen bei den immer komplexer werdenden Sachverhalten und bei den immer härter werdenden Bedingungen auch eine neue Qualität der Unterstützung anbieten.

NEUE GEMEINDE: Gibt es schon konkrete Pläne dazu?

Trummer: Eine gemeinsame kommunale Rechtsberatung, eine Plattform für Einkaufsgemeinschaften und Kommunal-service sind hier nur einige Ideen, die wir diskutieren müssen. Ganz wichtig wird aber für eine Zukunftsgemeinde eine verstärkte Kompetenzschulung sein! Das gilt für den politischen Bereich genauso wie für den Verwaltungsbereich. Wir müssen uns selber, aber auch unseren Bediensteten eine permanente und hochwertige Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stellen, damit wir diesen enorm wachsenden Anforderung im wirtschaftlichen sowie im juristischen Bereich bestehen können. Klar, es kann nicht jeder alles können. Aber hier sehe ich eine große Chance in der interkommunalen Zusammenarbeit, wie sich Kooperationsgemeinden gegenseitig sinnvoll helfen können, um gemeinsam stark sein zu können.

NEUE GEMEINDE: Abschließend zu

ihrem neuen Team. Die GVV setzt mit zwei Vizepräsidentinnen auf Frauen-Power. Ein längst fälliger Schritt?

Trummer: Ich bin überzeugt, dass wir als starkes Team mit regionaler Ausgewogenheit, mit viel Erfahrung, aber auch mit viel neuem Schwung, unsere Gemeindevertreter gut dabei unterstützen können, unsere Gemeinden weiter voranzubringen. Dazu werden die zwei Vizepräsidentinnen, BR Bgm.in Inge Posch-Gruska aus Hirm und Bgm.in Renate Habetler aus Bernstein, sicher einen sehr großen Anteil beitragen. Das neu aufgestellte Präsidium komplett machen LAbg. Werner Friedl aus Zurndorf, BR Bgm. Michael Lampel aus Neufeld a. L., Bgm. Reinhard Knaus aus Mühlgraben, Bgm. Heinz Peter Krammer aus Stegersbach und Bgm. Klaus Mezgolits, Steinbrunn. Obmann der Kontrolle ist Bgm. Hans Oberhofer aus Loipersbach-Kitzladen, Vorsitzender des Schiedsgerichts ist Bgm. Rainer Porics aus Siegendorf. Dieses Team ist eine gute Mischung. Ich kann in jedem Fall versprechen, dass ich mich gemeinsam mit meinen Mitstreitern mit ganzer Kraft für unsere Gemeinden und somit vor allem auch für die Menschen in unseren Orten einsetzen werde. •

Das Präsidiums-Team um den Präsidenten Erich Trummer

VzPräs. LAbg.
Bgm. Werner
Friedl Zurndorf



VzPräs. Bgm.
Renate Habetler,
Bernstein



VzPräs. BR Bgm.
Inge Posch-Gruska,
Hirm



BR Bgm. Michael
Lampel, Neufeld
an der Leitha,
Kassier



Bgm. Ing.
Reinhard Knaus,
Mühlgraben,
Schriftführer-Stv.



Bgm. Heinz Peter
Krammer,
Stegersbach,
Schriftführer



Bgm. WHR Mag.
Klaus Mezgolits,
Steinbrunn
Kassier-Stv.



Mehr als 350 Vorhaben wurden umgesetzt Dorferneuerung hat sich zu einer Erfolgsstory entwickelt

Mehr als 130 von 171 Gemeinden haben sich an der Dorferneuerung beteiligt. An die 350 Vorhaben, von der Platzgestaltung über die Versorgung mit Solarstrom bis hin zu Projekten mit sozialem Mehrwert, wurden von Gemeinden oder Vereinen umgesetzt – eine nachhaltige Erfolgsstory.

„Die Zahlen der umfassenden Dorferneuerung sprechen für sich. Der Großteil der knapp zehn Millionen Euro, die in der aktuellen EU-Förderperiode 2007 bis 2013 zur Verfügung stehen, sind bereits sehr gut investiert worden, nämlich, in die Gemeinden und in die Lebensqualität der Burgenländerinnen und Burgenländer“, so das für Dorferneuerung zuständige Regierungsmitglied LR Verena Dunst. •



DI Hannes Klein, Landesrätin Verena Dunst und Mag.a. Christina Fleischacker präsentieren Zahlen, Daten und Fakten zur „Erfolgsstory Dorferneuerung“

Foto: LMS

Bei der 21. Ordentlichen GVV Landeskongferenz wurden alle Gremien neu gewählt.

VORSTAND: Bgm. Johann Frank, Klagenfurt, EU; LAbg., Bgm. Klaudia Friedl, Steinberg-Dörfl, OP; LAbg. Bgm. Werner Friedl, Zurndorf, ND; Bgm. Renate Habetler, Bernstein, OW; Bgm. Werner Huf, Müllendorf, EU; Bgm. Engelbert Kenyeri, Rechnitz, OW; Bgm. Ing. Reinhard Knaus, Mühlgraben, JE; Bgm. Heinz Peter Krammer, Stegersbach, GS; BR Bgm. Michael Lampel, Neufeld an der Leitha, EU; Bgm. WHR Mag. Klaus Mezgolits, Steinbrunn, EU; BR Bgm. Inge Posch-Gruska, Hirm, MA; NR Bgm. Erwin Preiner, Winden, ND; Bgm. Friederike Reismüller, Forchtenstein, MA; Bgm. Jürgen Schabhüttl, Inzenhof, GS; LAbg. Bgm. Erich Trummer, Neutal, OP; Bgm. Günter Valika, Jabling, OW; KR Bgm. Josef Wetzelhofer, Pama, ND; Bgm.

Erich Zweiler, Weppersdorf, OP

KONTROLLE: Bgm. Johann Balogh, Nikitsch, OP; Bgm. Mag.(FH) Rudolf Ivancsits, Draßburg, MA; VzBgm. Günther Laschet, Rohrbrunn, JE; Bgm. Johann Maar, Tadten, ND; Bgm. Hans Oberhofer, Loipersdorf-Kitzladen, OW; Bgm. Josef Tröllinger, Breitenbrunn, EU; Bgm. Kurt Wagner, Wörterberg, GS

SCHIEDSGERICHT: Bgm. Mag. Erhard Aminger, Loipersbach, MA; GR Herbert Karner, Mönchhof, ND; Bgm. Franz Kazinota, Neustift bei Güssing, GS; Bgm. Mag. Rainer Porics, Siegendorf, EU; Bgm. Rudolf Steiner, Markt St. Martin, OP; Bgm. Wolfgang Tauss, Großpetersdorf, OW; LAbg. VzBgm. Mario Trinkl, Königsdorf, JE •

kurz & bündig

Jung-Gemeinderäte im Rampenlicht

Kennen Sie den oder die Jugendgemeinderat/-rätin in Ihrer Gemeinde? 132 Jugendgemeinderäte und -rätinnen stellt die SPÖ im Burgenland. Seit Ende Jänner rücken SPÖ und Sozialistische Jugend (SJ) Burgenland diese prominent ins Rampenlicht. Via der Facebook-Seite www.facebook.com/sjburgenland, auf der SJ-Website www.sj-burgenland.at und in der SJ Burgenland-Zeitung „Signale“ beleuchtet die SJ Burgenland die Aufgaben und die ganz privaten Seiten der Jugendlichen im Gemeinderat. Die Aktion soll noch einige Monate laufen. •



SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich (r.) und SJ-Landesvorsitzender Kilian Brandstätter

Foto: SJ Burgenland

Bezügeanpassung

Der Nationalrat hat im Dezember 2012 die Erhöhung aller Politikerbezüge um 1,8% beschlossen. Da laut Burgenländischem Bezügegesetz der Ausgangsbetrag für die Bezüge der burgenländischen GemeindevorstandeInnen der monatliche Bezug eines Nationalrates ist, beträgt der neue Ausgangsbetrag für das Jahr 2013 8.522,86 Euro. Ausgenommen sind Gemeinden über 7000 Einwohner (Ausgangsbetrag: 8.306,88 Euro).

Die Höhe der Bürgermeister-Bezüge richtet sich nach Einwohnerzahl (Basis ist das Ergebnis der Volkszählung 2001, eine Aktualisierung wird es im Laufe des Jahres 2013 geben). Für Eisenstadt und Rust gelten eigene Bestimmungen.

Das Sitzungsgeld wird nicht erhöht. •

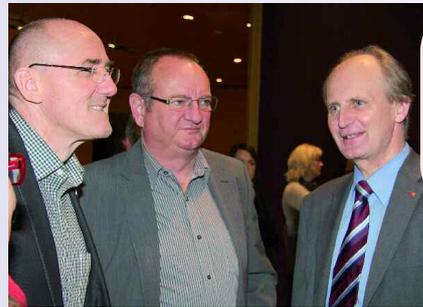
Landeskonzferenz 2013 im Bild

Bildreportage

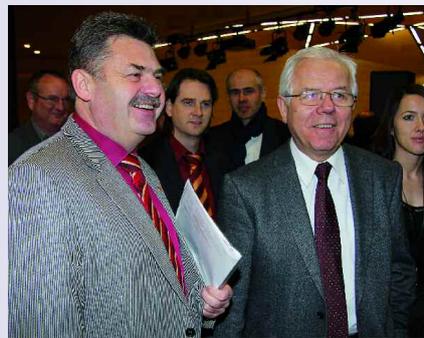
Alle Fotos auf http://www.gvvgld.at/gallery/20130223_landeskonzferenz.php



8.30 Uhr: der starke Schneefall bereitet Kopfzerbrechen – schaffen genügend Mandate die Anreise Landeskonzferenz um die Beschlussfähigkeit sicherzustellen?



8.45 Uhr: die ersten Gäste treffen ein, stärken sich bei einer Tasse Kaffee und haben einiges zu besprechen ...



9.20 Uhr: Die Stimmung könnte nicht besser sein – der Beginn der Konferenz musste zwar um eine Stunde verschoben werden, aber nun ist klar: die Mandate trotzen den miesen Straßenverhältnissen und trudeln nach und nach im neuen Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt ein





9.30 Uhr: Das Foyer vor dem großen Veranstaltungssaal im KUZ ist rappellvoll, noch bleibt Zeit für eine kleine Stärkung, bevor die Mandatare Platz nehmen im Saal



9.38 Uhr: Landeshauptmann Hans Niessl trifft ein ...



Ab 9.55 Uhr: Die Arbeit wartet, immerhin gilt es, den Alt-Präsidenten Ernst Schmid würdig zu verabschieden und infolge das neue GVV-Führungsteam zu wählen



Bildreportage Fortsetzung



10.43 Uhr: Alt-Präsident Ernst Schmid beendet seine Rede, nimmt Abschied und erhält nicht nur von der „Regierungsbank“ tosenden Applaus ...



13.01 Uhr: Bühne frei für verdienstvolle Alt-Bürgermeister – ihre Ehrung war ohne Zweifel ein Höhepunkt der 21. Ordentlichen Landes-konferenz



13.30 Uhr: Der offizielle Teil der Landeskonferenz mit der Wahl des neuen Präsidenten sowie aller Gremien fand ein gutes Ende. Auf zum gemütlichen Teil ...

GRAND TOURS Gruppenreisen

*Tagesausflug zur
Burg Güssing
und Umgebung !*

ab
€ 29.-
p.P.



Anmeldungen, Buchungen, Anfragen, Infos unter:
www.grandtours.at | office@grandtours.at | Tel.: 03358 2033

GRAND
TOURS

Bauplakette ist ab sofort Pflicht

Im Zuge der Änderungen des Burgenländischen Baugesetzes ist auf jeder Baustelle eine Bauplakette anzubringen und bei Gebäuden mit mehr als 200 m² ein Bauführer erforderlich. Ab sofort hat daher die Baubehörde in jenen Fällen, in denen kein Bauführer erforderlich ist, gemeinsam mit der Baubewilligung beziehungsweise der Baufreigabe dem Bauwerber eine Bauplakette mit einem rotgelben Ring auf weißem Untergrund auszustellen. Die Plakette ist erst nach Bekanntgabe des Baubeginnes auszustellen. Falls für die Baustelle ein Bauführer notwendig ist, hat die Baubehörde die Bauplakette erst nach der Bestätigung der Bauführung (Unterfertigung der Pläne und Baubeschreibungen) durch den Bauwerber auszustellen, wobei auf der Plakette auch das Feld Bauführer auszufüllen ist. Die Bauplakette muss Auskunft über die Zahl und das Datum der Baubewilligung oder der Baufreigabe sowie über den Beginn der Bauarbeiten und gegebenenfalls über den Bauführer geben.

Die Bauplakette ist für die Zeit der Bauführung, gut sichtbar, auf der Baustelle anzubringen. •

Die Bauplakette darf auf keiner Baustelle fehlen Foto: zVg

**Information
&
Service auf
www.gvvgld.at**

Bürgerfreundlich, ökologisch, sozial:

Neues Baurecht bringt viele Verbesserungen

Der Landtag hat das neue burgenländische Baugesetz beschlossen, das rückwirkend mit 1. Jänner 2013 in Kraft tritt. Auf Initiative der SPÖ wurde seit 2010 über eine Reform verhandelt und dabei das gesamte Baurecht auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft.

„Das neue Baurecht wird bürgerfreundlicher und ökologischer. Es bringt Verwaltungsvereinfachungen für die Bevölkerung, eine finanzielle Entlastung der Gemeinden und mehr Rechtssicherheit für BürgermeisterInnen. Außerdem verbessern wir die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Alternativ-Energieanlagen. Gleichzeitig sorgen wir mit der besten Wohnbauförderung Österreichs dafür, dass Bauen leistungsfähig bleibt“, fassen SPÖ-Klubobmann Christian Illedits und SPÖ-Kommunalsprecher Erich Trummer das Ergebnis zusammen. Die SPÖ setze auch ihre Kraftanstrengung zur Sicherung der Arbeitsplätze im Baubereich fort. Der SPÖ-Klub werde seine Initiative „Bau auf Burgenland“ weiterführen und für eine „burgenländische Vergabe“ öffentlicher Bauaufträge durch öffentliche Auftraggeber werben. Mit der neuen Schwellenwertverordnung ist sichergestellt, dass Land, Städte und Gemeinden Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge bis zu 100.000 Euro direkt vergeben können. Bei Aufträgen bis zu einem Gesamtvolumen von 1 Million Euro ist eine regionale Vergabe möglich. Ziel ist, dass bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand heimische Betriebe gestärkt werden und Arbeit und Kaufkraft im Land bleiben.

Die wichtigsten Änderungen im neuen Baugesetz

- Beim Neubau oder der größeren Renovierung von Gebäuden wird vor Baubeginn die technische, ökologische und wirtschaftliche Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen berücksichtigt und dokumentiert, sofern verfügbar. Dabei geht es

vor allem um den Einsatz von Wärmepumpen, Fern- und Nahwärme oder Kraft-Wärme-Koppelungen usw.

- Um die Installation von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen unter 5 kW zu erleichtern, wird ihre Errichtung vom Geltungsbereich des Baugesetzes ausgenommen, wenn sie parallel zur Dach- oder Wandfläche aufliegen oder in diese eingefügt sind.

- Um bei bestehenden Gebäuden nachträgliche Maßnahmen zur Wärmedämmung zu ermöglichen, werden Ausnahmeregelungen von den Bebauungsplänen zugelassen. (Unterschreiten der Abstände zu den Grundstücksgrenzen sowie ein Vorspringen über die Baulinie)

- Bisher waren Gebietskörperschaften verpflichtet, bei der Errichtung von Gebäuden Schutzräume vorzusehen. Diese Bestimmung fällt jetzt auch im Burgenland weg, weil sie nicht mehr zeitgemäß ist.

- Eine neue Begriffsdefinition regelt, dass die Geräuscheinwirkung von Kinderspielplätzen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und ähnlichen Anlagen NICHT als Geräuschbeeinträchtigung zu werten ist.

- Die Teilbenutzungsbewilligung wird in der Novelle jetzt außer Zweifel gestellt. Das heißt: Im Gegensatz zur bisherigen Regelung kann ein „Hausbauer“ jetzt auch eine Fertigstellungsanzeige machen, wenn nicht das gesamte Gebäude, sondern nur ein Bauabschnitt mit zumindest einer Wohnung oder Nutzungseinheit fertig gestellt ist (und z. B. das Dachgeschoss erst später ausgebaut wird).

- Durch die Einführung einer Bauplakette, die gut sichtbar für die Zeit der Bauführung auf der Baustelle anzubringen ist, wird der Informationsmangel, ob eine Baubewilligung oder eine Baufreigabe erteilt wurde, beseitigt.

- Beim Bau von Wohngebäuden über 200 m² Wohnnutzfläche oder bei sonstigen Gebäuden über 200 m² Nutzfläche muss ein Bauführer als Ansprechperson und Verantwortlicher für die Baubehörde fungieren. •



Bgm. Stefan Hauser (Piringsdorf), GVV-Präsident LABg. Bgm. Erich Trummer (Neutal), Bgm. Fritz Kreisits (Unterfrauenhaid), Bgm. Peter Heger (Horitschon) (v.l.n.r.); im kleinen Bild: WLVB-Obmann Bgm. Ing. Gerhard Zapfl (Nickelsdorf)

Unser Wasser braucht Verfassungssicherheit! Trinkwasser: Klares Nein zur drohenden Privatisierung!

Die geplante EU-Konzessionsrichtlinie, mit der öffentliche Dienstleistungen für private Anbieter geöffnet werden sollen, hat zu einer intensiven Diskussion über die Zukunft der öffentlichen Wasserversorgung geführt. GVV – Präsident Erich Trummer und die Obmänner der Mittelburgenländischen Wasser- und Abwasserverbände sowie des WLVB NB erteilen im Rahmen gemeinsamer Pressekonferenzen allen Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen eine klare Absage und treten für einen umfassenden Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Auslöser der aktuellen Diskussion ist die sogenannte Konzessionsrichtlinie, mit der sich derzeit das EU-Parlament beschäftigt. Diese Richtlinie soll künftig die Konzessionsvergabe bei öffentlichen und privaten Investitionen in Infrastrukturen und strategische Dienstleistungen regeln.

GVV – Präsident Trummer dazu unmissverständlich: „Unser Wasser

muss geschützt werden! Mit einer Privatisierung könnte aus einem Allgemeingut ein Spekulationsobjekt werden, mit dem sich Milliarden verdienen lassen – das werden wir nicht zulassen. Daher fordern wir eine Verfassungsrechtliche Absicherung für unser Wasser!“

Erfahrungen aus anderen Ländern wie Griechenland, Großbritannien und Frankreich haben gezeigt, dass Privatisierungen bei der Daseinsvorsorge enorme Nachteile für die KonsumentInnen nach sich ziehen. Die Preise steigen massiv, die Qualität leidet. Private Anbieter investieren nicht in das öffentliche Netz, ihnen geht es um den reinen Gewinn. In einigen Ländern musste die öffentliche Hand die Wasserversorgung wieder teuer zurück kaufen und zusätzlich viel Geld für die Wiederinstandsetzung des kaputten Versorgungssystems aufbringen.

„Im Gegensatz dazu haben wir im Burgenland mit unseren insgesamt acht Wasserverbänden, die für hohe Qualität und ausreichende Menge zu leistbaren Preisen sorgen, ein gut funktionierendes System, dass wir mit allen Mitteln vor Profitgier schützen müssen“, so Trummer. •

kurz & bündig

Niessl für doppelte Buchhaltung

„Gläserne Kassen“ und „Sicherheit für öffentliche Gelder“ – das hat für den burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl oberste Priorität. Im Hinblick auf die aktuellen Diskussionen über das Finanzmanagement der Länder begrüßt LH Niessl die Überlegung, die doppelte Buchführung anstelle der Kamera-listik in den Ländern zu übernehmen. Nun prüfen Experten, in welcher Form eine doppelte Buchhaltung auch für das Burgenland adaptierbar wäre. •

Gemeinden zahlen mehr an Länder

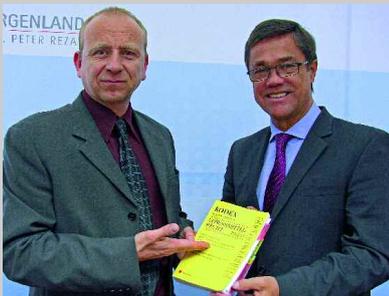
In den letzten zehn Jahren sind österreichweit die Netto-Transferzahlungen der Gemeinden an die Länder von 404 auf 1.171 Mio. Euro gestiegen, dem gegenüber steht ein Anstieg der Gemeinde-Ertragsanteile von nur 30%. Das geht aus dem aktuellen Transferbericht des KDZ und des Städtebundes hervor. Die Gemeinden zahlen derzeit rund 1,9 Milliarden Euro mehr an die Länder, als sie wieder retourniert bekommen, das entspricht 36,2 % der Ertragsanteile. Die Transfereinnahmen haben zwischen 2002 und 2011 um 27 Prozent, die Transferzahlungen der Gemeinden an die Länder um rund 69 Prozent zugenommen. Einen großen Anteil an dieser negativen Entwicklung haben der Anstieg der Krankenanstalten- und der Sozialhilfeumlage. •

Verfahren gegen Pongracz eingestellt

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen den Oberwartener Ex-Bürgermeister Gerhard Pongracz eingestellt. Seit 2009 hat die Justiz gegen Pongracz nach dem Auffliegen der Finanzaffäre in Oberwart ermittelt. Die Einstellung des Verfahrens bestätigt ihn, denn er habe immer korrekt und im Interesse Oberwarts gehandelt, so Pongracz. •

Kontrollen sichern Fleischgenuss

Der Skandal um falsch deklariertes Fleisch in Europa beschäftigt auch die heimische Politik. Laut Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar sei nun verstärkte Aufklärungsarbeit und höchstmögliche Transparenz erforderlich. Im Rahmen einer Schwerpunktaktion als Reaktion auf das nicht deklarierte Pferdefleisch in Lebensmitteln wurden burgenlandweit 24 Proben gezogen, darüber hinaus vier weitere Proben auf Pferdefleisch untersucht. Keine der 22 bereits ausgewerteten Proben wurde beanstandet.



Informierten über die Kontrollmechanismen beim Fleisch: Mag. Andreas Wunsch, Koordinator für tierärztliche Lebensmittelaufsicht, Gesundheits-LR Dr. Peter Rezar

Darabos lenkt wieder Bundes-SPÖ

Der Wechsel von Mag. Norbert Darabos in die SPÖ-Bundesgeschäftsführung wird der Sozialdemokratie gut tun, ist SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich überzeugt: „Norbert Darabos ist Garant für Wahlerfolge: Er ist der beste Wahlkampfstrategie Österreichs und wird der SPÖ den nötigen Schwung für den Herbst geben!“ Für seine Tätigkeit im Burgenland als Verteidigungsminister gebühre ihm großer Dank, so Hergovich: „Norbert Darabos hat als Minister Großartiges geleistet und für Millioneninvestitionen in den Sicherheitsstandort Burgenland gesorgt. Die Kasernenstandorte Güssing, Eisenstadt und Bruckneudorf wurden unter Darabos ausgebaut, modernisiert und abgesichert!“ In Güssing wurden rund 40 Millionen Euro investiert, in Bruckneudorf 12 Millionen.



LH Hans Niessl und KO Christian Illedits setzen sich für die Anliegen der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler ein
Foto: SPÖ Burgenland

Mehr Geld für Pendler

Das Burgenland hat als erstes Bundesland mit einem Landtagsbeschluss eine Reform der Pendlerförderung gefordert. Nun hat der Nationalrat die Neuregelung der Pendlerförderungen beschlossen, die für die burgenländischen PendlerInnen deutliche Verbesserungen mit sich bringt.

„Wir haben Wort gehalten – die burgenländischen PendlerInnen werden mit der neuen Pendlerförderung deutlich entlastet“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Das Burgenland hat auf SPÖ-Initiative im April 2012 als erstes Bundesland einen entsprechenden Landtagsbeschluss gefasst. „Für uns war klar: Die Steuermehreinnahmen durch die hohen Spritpreise müssen zumindest teilweise den PendlerInnen zugute kommen. Wir haben die Entlastung der PendlerInnen daher zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht – und nicht locker gelassen“, so Klubchef Illedits.

Die wichtigsten Änderungen

- Kilometerbezogenes Pendlergeld zusätzlich zur Pendlerpauschale. Zur Pendlerpauschale kommt jetzt zusätzlich jährlich ein Euro pro gefahrenem Kilometer auf der Fahrtstrecke Wohnort – Arbeitsplatz und retour. Ein Pendler aus Oberwart, der 130 km nach Wien pendelt, erhält jährlich 260 Euro zusätzlich zur „alten“ (kleinen

oder großen) Pendlerpauschale. Ein Pendler aus Güssing, der 163 km nach Wien pendelt, erhält jährlich 326 Euro zusätzlich.

- Pendlerpauschale erstmals auch für Teilzeitbeschäftigte! Bisher hatten alle, die weniger als 3 Tage pro Woche pendeln, keinen Anspruch auf eine Pendlerpauschale. Das heißt, Teilzeitkräfte oder WochenpendlerInnen erhielten keine Förderung. Jetzt profitieren auch Teilzeitkräfte von der Pendlerpauschale – und zwar anteilmäßig: Wer 2 Tage pro Woche pendelt bekommt 2/3, für einen Tag 1/3.

- Mehr für Geringverdiener. ArbeitnehmerInnen mit geringem Einkommen erhalten künftig zusätzlich zu 110 Euro Negativsteuer einen erhöhten Pendlerzuschlag (bis zu 290 Euro statt bisher bis zu 141 Euro).

- Job-Ticket für Öffipendler steuerfrei. Beahlt ein Unternehmen den ArbeitnehmerInnen freiwillig ein Ticket für den öffentlichen Verkehr, dann ist dieses künftig für alle steuer- und abgabenfrei.



Ein Feuerwerk an Aberwitz, das sich oft an den frivolen Geschichten entzündet, steht mit Georges Feydeaus „Die Dame vom Maxim“ von 4. bis 28. Juli 2013 bei den Schloss-Spielen Kobersdorf auf dem Programm.

Foto: Landesmediensevice



• EUROPA-TICKER • EUROPA-TICKER •

Förderprogramm Jugend, Sport, Kultur: „Jugend in Aktion“

Wer am aktuellen EU-Förderprogramm „Jugend in Aktion“ teilhaben möchte, sollte jetzt sein Projekt einbringen.

Im Rahmen des Programms „Jugend in Aktion“ sind unter anderem die Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen, des gegenseitigen Verständnisses sowie der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich. Dabei zählen die Europäische Bürgerschaft, die Partizipation junger Menschen, die kulturelle Vielfalt sowie die Einbeziehung benachteiligter Jugendlicher zu den ständigen Prioritäten dieses Programms.

Antragsberechtigt sind gemeinnützige Organisationen oder NGOs, lokale und regionale öffentliche Körperschaften, informelle Gruppen junger

Menschen sowie europaweit tätige Jugendorganisationen, die eine Veranstaltung im Bereich Jugend, Sport oder Kultur organisieren.

Vorschläge für Projekte sind in der Regel bei nationalen Agenturen einzureichen:

<http://www.jugendinaktion.at/default.asp>

Fristen:

Projektstart 1. August 2013 bis 31. Jänner 2014: Antragsfrist 1. Mai 2013
Projektstart 1. Jänner 2014 bis 30. Juni 2014: Antragsfrist 1. Oktober 2013

Weitere Informationen:

<http://www.jugendinaktion.at/star.t.asp?ID=246&b=16>

EU-Bürger sollen ihre Rechte kennen und gebrauchen

Beim Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 geht es um die Rechte, die alle Menschen in der Europäischen Union dank ihres Status als EU-Bürgerin und EU-Bürger automatisch genießen. Alle 500 Millionen Europäerinnen und Europäer profitieren täglich davon – genauso wie die europäische Wirtschaft.

Es ist wichtig, dass die EU-Bürger ihre Rechte kennen und davon auch Gebrauch machen. Im Laufe des Jahres 2013 werden europaweit verschiedenste

Veranstaltungen und Projekte zum Thema stattfinden.

Für die Finanzierung von Projekten zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 kommen verschiedene Programme und Initiativen in Frage, wie Europa für Bürgerinnen und Bürger, Jugend in Aktion und Erasmus.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/citizens-2013/de/home>

Für Förderungen:

<http://europa.eu/citizens-2013/de/eu-funding-opportunities>

EU will Impulse setzen für mehr Jobs

Seit 1. Januar 2013 koordiniert der irische Ratsvorsitz für sechs Monate die Agenda der Ministerräte. 2013 ist zugleich das Jahr, in dem Irland – gemeinsam mit Dänemark und Großbritannien – auf 40 Jahre EU-Mitgliedschaft zurückblickt. Irland übernahm den rotierenden EU-Ratsvorsitz von Zypern. Die dringendste Priorität für die EU ist es derzeit, Wachstumsimpulse zu setzen, die sich in der Schaffung von Arbeitsplätzen niederschlagen.

EU-Agrarpolitik: Ökologisierung adieu?

Die Abgeordneten im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments haben entschieden, zentrale Maßnahmen zur Ökologisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus den Kommissionsvorschlägen zu streichen.

Die im Agrarausschuss nun abgestimmten Kompromisse reduzieren den „Greening“-Vorschlag der Kommission: Die Verpflichtung zur Einhaltung einer „Fruchtartendiversifizierung“ wurde noch einmal verschlechtert auf zwei Früchte, wobei eine davon 80% ausmachen darf. Die Auflage zur Schaffung bzw. Aufrechterhaltung ökologischer Vorrangflächen beginnen bei 3% und Enden zu einem späteren Zeitpunkt bei 7%. Aus einer Menü-Liste dürfen ersatzweise zahlreiche andere Auflagen ausgesucht werden, um das „Greening“ zu erfüllen. Darüber hinaus sind die Auflagen nicht einmal verpflichtend um 100% der Direktzahlungen zu erhalten. Landwirte, die sie nicht erfüllen bekommen dennoch den Großteil der Zahlungen.

<http://www.euractiv.at/>

**Mehr Information & Service auf
www.gvvbgld.at**

Facebook: www.facebook.com/gvvburgenland



Ich bin Energie-Gewinnerin

energie BURGENLAND

Julia Falb
aus Nickelsdorf.
Eine von 286.000
Energie-GewinnerInnen.

WIR PRODUZIEREN

ZEITUNGEN

MAGAZINE

FILME

WERBUNG

PUBLIC RELATIONS

SONDERPROJEKTE

WEBSOLUTIONS

für

Städte + Gemeinden

Verbände + Vereine

Gewerbe + Handel + Industrie

DIE SCHREIBMEISTER OG

Manfred Murczek

2491 Neufeld • Lisztg. 2

02624 / 521 02

0676 / 610 62 97

murczek@speed.at

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion:

DIE SCHREIBMEISTER OG
Manfred Murczek
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.

Herstellung:

DANEK Grafik • Repro • Druck
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M